
Francia. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte
Herausgegeben vom Deutschen Historischen Institut Paris
(Institut historique allemand)
Band 23/3 (1996)

DOI: 10.11588/fr.1996.3.60440

Rechtshinweis

Bitte beachten Sie, dass das Digitalisat urheberrechtlich geschützt ist. Erlaubt ist aber das Lesen, das Ausdrucken des Textes, das Herunterladen, das Speichern der Daten auf einem eigenen Datenträger soweit die vorgenannten Handlungen ausschließlich zu privaten und nicht-kommerziellen Zwecken erfolgen. Eine darüber hinausgehende unerlaubte Verwendung, Reproduktion oder Weitergabe einzelner Inhalte oder Bilder können sowohl zivil- als auch strafrechtlich verfolgt werden.

Schuld auf sich geladen. Der Grund ihres ungenügenden Engagements lag seiner Ansicht nach darin, daß »the Allies never really understood the Nazi policy against the Jews« (S. 257), sprich den rassenideologischen Impetus von »Hitlers Krieg« nicht wirklich wahrnahmen.

Die Juden gerieten dadurch in eine »dreifache Falle« (Shlomo Aronson): die Gleichgültigkeit, ja das Widerstreben der Alliierten, ihnen zu helfen, den Mordwillen der Nationalsozialisten und die eigene Macht- und Hilflosigkeit. Vorwürfe an die seinerzeitige Führung der Juden, wie sie nach dem Krieg heftig geäußert wurden, übersehen diese faktische Hilflosigkeit, die sich erst mit der Gründung und Existenzsicherung des Staates Israel grundlegend gewandelt hat. Daß es gleichwohl zahlreiche Rettungsversuche gab, die bisweilen erfolgreich das Leben Tausender zu bewahren vermochten, daß die Persönlichkeiten, die solche Versuche unternahmen, einen anderen als den bislang beinahe verachteten Platz in der Erinnerung verdienen, ist das resümierende Plädoyer dieses wichtigen und anregenden Buches, das inzwischen auch in deutscher Übersetzung erschienen ist (Jüdischer Verlag, 1996).

Magnus BRECHTKEN, München

Marek ANDRZEJEWSKI, *Opposition und Widerstand in Danzig 1933 bis 1939*, Bonn (J. H. W. Dietz) 1994, 248 S. (Politik- und Gesellschaftsgeschichte, 36).

Die Freie Stadt Danzig war ähnlich wie das Saargebiet ein vorwiegend deutsches Territorium mit einer völkerrechtlichen Eigenqualität. Wenn man Alternativen zur scheinbar so selbstverständlichen politischen Entwicklung im nationalsozialistischen Deutschland sucht, dann bieten sich diese Territorien an, wo oppositionelle Gruppierungen im deutschen politischen Umfeld noch einige Zeit relativ frei agieren konnten.

Für Danzig untersucht der Verfasser, welche politische Rolle die drei bedeutenderen Oppositionsparteien (Zentrum, DNVP, SPD) hier noch spielen konnten, nachdem ihnen im Deutschen Reich der politische Boden entzogen worden war. Bei den Volkstagswahlen vom 7. April 1935 konnte die NSDAP mit 59,3% zwar die absolute Mehrheit erringen, aber noch nicht völlig ungehindert ihre Macht ausüben. Andrzejewski schildert anschaulich, wie der nationalsozialistische Senat die Vertreter anderer Parteien drangsalierte, ihre Presse verbot, die Versammlungen störte und die Abgeordneten entweder zur Aufgabe bewog oder zum Übertritt in die Fraktion der NSDAP verlockte.

Die beiden Instanzen, von denen man sich eine Unterstützung deutscher Oppositioneller hätte erhoffen können, verschlossen sich weitgehend den an sie gerichteten Bitten. Nur der irische Völkerbundskommissar Sean Lester (1934–1937) versuchte zeitweise, mildernd auf die Regierungsstellen einzuwirken – sein Nachfolger Carl Jacob Burckhardt versuchte dies nicht einmal mehr. Auch die Generalkommissare der Republik Polen setzten sich, bestimmt durch die deutschfreundliche Politik ihres Außenministers Józef Beck, nicht gern in einen Gegensatz zu deutschen Stellen, wenn es nicht um unmittelbar polnische Rechte ging.

Das Buch, das sich vorwiegend auf deutsche und polnische Archivalien stützt, stellt eine Faktographie der Rechtsverstöße zusammen und führt dem Leser vor, wie die Gleichschaltung in einem staatsähnlichen Territorium vor sich ging, in dem eigentlich die »Rechtsgrundlage« dazu fehlte. Die einseitige Auslegung von Verwaltungsvorschriften reichte offenbar auch aus, als sich – wie Andrzejewski behauptet – Mitte der dreißiger Jahre zeitweise die Opposition gegen die Nationalsozialisten auf nennenswerte Teile der unzufriedenen Bevölkerung berufen konnte. Einen Unterschied zur Situation in Deutschland erkennt man u. a. darin, daß die DNVP in Danzig eine richtige Oppositionspartei war, während sie im Reich als Steigbügelhalter der Nationalsozialisten fungierte.

Marek Andrzejewski, der an der Universität Gdańsk lehrt, mit Arbeiten über die Danziger Zwischenkriegszeit promoviert und habilitiert wurde und sich thematisch noch nie außerhalb dieses Rahmens bewegt hat, hat ein braves Buch vorgelegt. Demonstriert werden die

Schwierigkeiten, mit denen Vertreter der polnischen Historiographie nicht selten zu kämpfen haben. Die äußerst enge Spezialisierung verhindert einen breiteren Blick für den Kontext, in den die Danziger Politik in den dreißiger Jahren hineingestellt ist. Etwa im Zusammenhang mit einem von der DNVP geplanten Ermächtigungsgesetz, das dann nicht zustande kam (S. 37), oder mit der engen wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Polen (S. 56) gäbe es Anlaß zu einer Literaturdiskussion außerhalb des Danziger Zusammenhangs, die zur Bewertung der von Marek Andrzejewski beschriebenen Tatsachen hilfreich hätte sein können. Weiterführende Verweise unterbleiben nahezu völlig. Von einem zeitgenössischen methodischen Standpunkt aus sind die Fragestellungen banal bis ahistorisch, wie z. B. im Zusammenhang mit den Wahlen vom Mai 1933 die »Frage, ob die polnische Regierung imstande gewesen wäre, den Gang der Dinge zu verhindern« (S. 53). Der Perspektive des Autors entspricht es, die Einschätzungen des polnischen Kommissars grundsätzlich als Tatsachenfeststellungen anzunehmen. Während die Drangsalierungen von Oppositionellen erfreulicherweise eingehend geschildert werden, erwartete man über die dürren Feststellungen selbst hinaus einige Aufklärung darüber, wie es etwa gelang, 1937 zwei kommunistische Abgeordnete für die NSDAP-Fraktion zu gewinnen (S. 181).

Im Kontext der deutschen Danzig-Literatur ist die Arbeit wegen ihrer breiten Faktenbasis und der Auswertung polnischer Archive eine wertvolle Bereicherung. Und schon weil dies eine Seltenheit darstellt, sollte man die fast durchweg exzellente sprachliche Umsetzung in die deutsche Sprache würdigen. Eine *geschichtswissenschaftliche* Einordnung der Danziger Opposition auf der Basis der vorliegenden Faktographie muß jedoch noch geschrieben werden.

Frank GOLCZEWSKI, Hamburg

Klaus-Jürgen MÜLLER, David N. DILKS (Hg.), Großbritannien und der deutsche Widerstand 1933–1944, Paderborn (Schöningh) 1994, 268 S. (Sammlung Schöningh zur Geschichte und Gegenwart).

Unter den zahlreichen neuen Veröffentlichungen zur Geschichte des deutschen Widerstandes gegen Hitler nimmt der vorliegende Sammelband insofern einen besonderen Platz ein, als er kenntnis- und facettenreich und auf breiter Quellenbasis den Leser mit den neuen vielseitigen britischen Forschungsansätzen und Sichtweisen zu diesem Thema vertraut macht. Bereits in dem einleitenden pointierten Beitrag von KETTENACKER zu den Entwicklungen in der englischen Historiographie zum deutschen Widerstand treten die anfänglichen Vor- und Werturteile hervor, von denen sich die britischen Historiker in der Darstellung bzw. Leugnung einer deutschen Opposition gegen den Nationalsozialismus unmittelbar nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges auch aus politischen Erwägungen nicht frei machen konnten. Inzwischen ist die Skepsis einer allgemeinen, verbindlichen Würdigung des Widerstandes gewichen, wenn auch einzelne Aspekte seiner Beziehungen zu Großbritannien noch unterschiedlich bewertet werden. Dies gilt insbesondere für die Beurteilung der Frage, warum die britische Regierung nicht auf die Hilfesuche von Helmuth James Graf Moltke, Adam von Trott zu Solz oder vermutlich auch von Claus Schenk Graf von Stauffenberg reagierte. Die vorliegenden Beiträge können hierauf eine umfassende Antwort geben, da sie das Problem sowohl unter außenpolitischen, als auch militärischen und geheimdienstlichen Aspekten beleuchten.

Aus der historischen Rückschau betrachtet scheint für die Haltung Whitehalls der Umstand von übergeordneter Bedeutung gewesen zu sein, daß eine Zusammenarbeit mit dem deutschen Widerstand der britischen Seite keinen unmittelbaren Nutzen zu bringen schien. Zudem bestanden aus englischer Sicht weder politisch noch technisch irgendwelche Möglichkeiten, der deutschen Opposition aktiv zu helfen, ohne die Interessen Großbritanniens zu gefährden. Dennoch hat es seitens der Geheimdienste tatsächlich Versuche gegeben, mit